



Solidaritätsnetz Region Basel  
Postfach  
4005 Basel

## **Breite Koalition gegen Verschärfungen im Asylgesetz und im Ausländerrecht**

### **Stellungnahme von Solidaritätsnetz Region Basel**

***„Nirgendwo in Europa werden weggewiesene Personen so lange inhaftiert wie in der Schweiz. Obwohl sich die Verlängerung der Administrativhaft in der Praxis als kontraproduktiv und höchst kostspielig erweist, passt sich die vorgelegte Gesetzesrevision nicht einmal an den EU-Minimalstandard an. Die Beugehaft gehört abgeschafft!“***

*Das Solidaritätsnetz Region Basel, das seit rund drei Jahren fast täglich Häftlinge im Ausschaffungsgefängnis besucht, empfiehlt den Gesetzgebern dringend, erst einmal die **Praxis der revidierten Zwangsmassnahmen zu evaluieren**. Das Solinetz stellt nämlich fest, dass bei zunehmender Dauer der Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft bei den Haftinsassen die Überzeugung wächst, ihr Bleiberecht „ersessen“ zu haben. Migrationsbehörden wenden dennoch die maximale Haftdauer von bis zu zwei Jahren an (letzte Fälle vom Kanton Aarau: 22-23 Monate!). Insbesondere werden häufig Väter von Schweizer (und in der Schweiz aufenthaltsberechtigten) Kinder in Ausschaffungshaft genommen und ihnen ihr Widerstand gegen eine Trennung vom Kind ausschliesslich als fehlende Kooperationsbereitschaft angelastet.*

*Wenn der Bundesrat das Ausländer- und Asylgesetz schon wieder revidieren will, so sollte er zumindest die anstehende Entschärfung bei den Zwangsmassnahmen aufnehmen und damit nicht bis zum allerletzten Moment im Jahr 2010 zuwarten. Es geht bei der Anpassung an die EU-Rückführungsrichtlinie nicht nur um eine Senkung der Haftdauer auf 6 Monate (bzw. auf 18 Monate bei mangelnder „Kooperationsbereitschaft“ des Inhaftierten), sondern auch um eine stärkere Berücksichtigung der familiären Bindungen sowie der Haftbedingungen für Minderjährige.“*

---

Das Solidaritätsnetz Region Basel gründete sich vor 10 Jahren mit dem Zweck, Sans-papiers und Illegalisierte in Notsituationen zu unterstützen und sich auf politischer Ebene für ihre Rechte und Menschenwürde einzusetzen. Die Aktivistinnen arbeiten unentgeltlich und betreiben kein Büro. Daher kommen die Spengelder zu 100% den Sans-papiers und Zurückgekehrten zugute.

**Kontakt: Anni Lanz, 079 679 57 09**